

Der unehrliche Kreuzzug der grünen Lobby für Solar- und Windenergie

geschrieben von Andreas Demmig | 29. Juli 2025

Real Clear Market, Vijay Jayaraj, 07. Juli 2025

Sie werden vom Wecker geweckt, schalten das Licht ein, kochen Kaffee und fahren zur Arbeit. Jeder Schritt erfordert Energie – genau das, was die physikalische Realität mit der Materie teilt: das E in $E = MC^2$. Sie hält Häuser warm, Lebensmittel frisch und die Wirtschaft am Laufen.

Kohle, Öl und Erdgas liefern 80 % der weltweiten Primärenergie und bilden die Lebensadern der modernen Zivilisation. Dennoch gibt es weiterhin Forderungen nach einem Ausstieg aus diesen Brennstoffen, ohne dass ein praktikabler, skalierbarer Ersatz in Sicht ist.

Es ist heuchlerisch, wenn „grüne“ Lobbyisten behaupten, dass Strom aus Wind- und Sonnenenergie fossile Brennstoffe ersetzen könne, obwohl der Großteil der Energie, die derzeit weltweit verbraucht wird, nicht einmal in Form von Elektrizität vorliegt.

Strom macht nur etwa 20 % des weltweiten Endenergieverbrauchs aus. Das bedeutet, dass vier Fünftel des weltweiten Energieverbrauchs auf Brennstoffe entfallen, die Schiffe, Flugzeuge, Lastwagen und Industrieöfen antreiben. Öl treibt Fahrzeuge an, Erdgas liefert Wärme für Haushalte und Industrie, und Kohle ist für die Herstellung von Stahl aus Eisen von entscheidender Bedeutung.

Man geht davon aus, dass die Nachfrage nach Kohlenwasserstoffen noch viele Jahrzehnte lang die nach Elektrizität übersteigen wird.

Sie haben es wahrscheinlich schon einmal gehört: „Solar- und Windenergie sind heute günstiger als fossile Brennstoffe.“ Diese Lüge wird durch eine irreführende Kennzahl gestützt – die Stromgestehungskosten (LCOE). Als Mark Twain von „Lügen, verdammten Lügen und Statistiken“ sprach, meinte er die LCOE.

LCOE soll einen direkten Vergleich verschiedener Energiequellen ermöglichen. Diese Maßnahme ist jedoch bedeutungslos, da sie wichtige Kosten, wie beispielsweise die für die Bereitstellung von Notstrom zur Kompensation der schwankenden Solar- und Windenergie, außer Acht lässt. Wenn Wind und Sonne nicht zur Stromerzeugung zur Verfügung stehen, muss etwas verfügbar sein, das einspringt.

Zwar ist es richtig, dass Sonne und Wind „kostenlos“ sind, doch ihre Umwandlung in eine Energieform, die mit modernen Stromnetzen funktioniert, und ihre Integration in den 24-Stunden-Betrieb von Elektrizitätssystemen, die Millionen von Kunden versorgen, ist

schwierig und teuer.

Eine Studie von Robert Idel aus dem Jahr 2022 deckt die Mängel von LCOE auf.

Erstens gehen die LCOE von einer konstanten Leistung aus. Solar- und Windenergie erzeugen jedoch nur 20 bis 30 Prozent ihrer geplanten Kapazität, verglichen mit 80 bis 90 Prozent bei Kraftwerken, die mit Kohle, Erdgas oder Kernbrennstoff betrieben werden.

Zweitens erfordert die Integration von Solar- und Windenergie eine teure Infrastruktur, darunter neue Übertragungsleitungen zwischen Bevölkerungszentren und abgelegenen Industrieanlagen mit Windturbinen oder Solarmodulen oder zu Erdgaskraftwerken, die als Backup bereitstehen.

Drittens ignoriert der LCOE-Koeffizient subtilere, aber dennoch wichtige betriebliche Aspekte. So schwankt beispielsweise die Leistung von Solar- und Windkraftanlagen je nach Wetterlage oder dem täglichen Fortschreiten der Sonne nach Westen. Daher müssen fossile Kraftwerke ihre Leistung hoch- oder herunterfahren, was die Effizienz verringert und die Kosten erhöht.

Die rosigen LCOE-Zahlen spiegeln nicht die Realität der Stromrechnungen wider. In Kalifornien, wo erneuerbare Energien mehr als 50 Prozent der Stromerzeugung ausmachen, erreichen die Strompreise für Privathaushalte im Jahr 2023 30 Cent pro Kilowattstunde – mehr als das Doppelte des US-Durchschnitts.

Höhere Energiepreise durchdringen jeden Bereich des Lebens –
Fertigung, Logistik, Heizung, Kühlung, Landwirtschaft,
Datenspeicherung und mehr.

Für Entwicklungsländer ist der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen eine unvorstellbare Abscheulichkeit, eine grausame Verweigerung des Zugangs zu lebenserhaltender Energie. Während ein Großteil der Welt von Netto-Null-Zielen spricht, leben Hunderte Millionen Menschen aufgrund von Energiemangel weiterhin in tiefer Armut und Entbehrung.

Solar- und Windenergie sind technologisch nicht in der Lage, Kohlenwasserstoffe im gesamten Spektrum des menschlichen Bedarfs zu ersetzen. Zudem sind Solar- und Windenergie von Wetter, Geografie und Tageszyklen abhängig. Ein bewölkter Tag in Deutschland oder eine windstille Nacht in Indien reduzieren die Produktion drastisch.

Industrielle Stromnetze erfordern Stabilität und reagieren allergisch auf Schwankungen. Batterien, die als Lösung angepriesen werden, sind im Vergleich zu fossilen Brennstoffen, die überall und jederzeit Strom liefern, problematisch und teuer.

Die Menschen brauchen funktionierende Energie – zuverlässig,

erschwinglich und in ausreichender Menge. Der gesunde Menschenverstand gebietet, dass der Ersatz einer funktionierenden Energie einen funktionalen Ersatz erfordert. Das ist hier nicht der Fall.

https://www.realclearmarkets.com/articles/2025/07/07/the_green_lobbys_dishonest_crusade_for_solar_and_wind_1120463.html

Die Träume der Offshore-Windenergie zerbrechen an der harten Realität des Metall-, Boots-, Kabel- und Geldmangels

geschrieben von Andreas Demmig | 29. Juli 2025

Von Jo Nova

Es ist so unfair, der Wind ist kostenlos, aber wer hätte gedacht, dass wir Metalle, Boote, Kabel und Magnete brauchen würden?

Der Zweifel wächst, eröffnet doch das Met Office weitere Junk-Stationen zur Messung von Temperatur.

geschrieben von Chris Frey | 29. Juli 2025

[Chris Morrison](#), [THE DAILY SCEPTIC](#)

Es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass das britische Wetteramt (UK Met Office) bewusst neue Messstationen an Orten errichtet, die wahrscheinlich von Hitzewellen und unnatürlich erwärmter Umgebungsluft betroffen sind, um „höchste jemals gemessene“ Temperaturextreme zu verzeichnen. In den letzten 10 Jahren bis Mitte 2024 waren 81,5 % der neuen Standorte [minderwertige](#) Anlagen der Klassen 4 und 5 mit potenziellen, international anerkannten Fehlern von 2°C bis 5°C. Unglaublicherweise waren acht der 13 in den letzten fünf Jahren neu eröffneten Standorte von minderwertiger Qualität. Nun gibt es

Nachrichten über einen neuen Standort, der kürzlich in Wales in Whitesands eröffnet wurde. Laut dem Bürgerdetektiv Ray Sanders scheint das „ein bewusster Versuch zu sein, sowohl jetzt als auch in Zukunft künstlich erhöhte Messwerte zu erzeugen“.

Es ist so schlimm, dass es kaum zu glauben ist, dass es in die offizielle **Liste** der Messstationen des Met Office aufgenommen wurde. Zunächst einmal handelt es sich um einen manuellen Vorgang, der auf eine Beteiligung von Amateuren hindeutet, mit allen damit verbundenen menschlichen Fehlern. Sanders, der eine wissenschaftliche Studie über alle mehr als 380 Standorte des Met Office durchführt, stellt fest, dass seit dem Starttermin im Mai 2024 fast die Hälfte der Tage bis zum Jahresende keine Aufzeichnungen vorliegen. Noch viel schlimmer ist jedoch die Untersuchung des tatsächlichen Standorts. Seine Lage auf Sand und sandigen Böden ist kaum ideal, da diese Wärme leichter absorbieren und abgeben als Lehm, Ton oder Mutterboden. Dies schafft ein Mikroklima, das die Temperatur in der unmittelbaren Umgebung verzerren kann.

Whitesands ist ein Campingplatz auf den Sanddünen von Wales. Die Wetterhütte steht laut Sanders neben einer Straße mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 8 km/h, was bedeutet, dass langsam fahrende Fahrzeuge wie Wohnmobile und Wohnwagen vorbeifahren. Gemäß den Richtlinien des Met Office ist ein Standort unerwünscht, wenn Bäume einen schützenden oder schattenspendenden Effekt auf die Messungen haben. Das Bild oben stammt aus dem November 2024, und die Struktur hinter dem Schirm ist ein Schutzzaun, der neu gepflanzte Setzlinge vor Tieren schützen soll. Sanders stellt fest, dass sich die Hecke an der Nord- und Ostseite sowie an der dem Meer zugewandten Seite der Hütte befindet, wodurch dieser vor kühlen Nachtwinden geschützt ist, aber wärmere Landwinde zurückhält. War all dies für die Inspektoren des Met Office nicht sichtbar – kannten sie die Anforderungen nicht, fragt er. Frühere fotografische Beweise zeigen, dass die Struktur bereits vor der Errichtung der Hütte **vorhanden** war.

Das Met Office ist sein eigener schlimmster Feind. Vor über einem Jahr enthüllte die Zeitung „Daily Sceptic“, dass fast 80 % seiner über 380 Stationen in ganz Großbritannien in den Junk-Klassen 4 und 5 eingestuft waren. Es scheint nichts unternommen zu haben, um diese Situation zu korrigieren, und das Beispiel von Whitesands kann nur weitere Zweifel an seinen Motiven aufkommen lassen. Der Wissenschaftsautor Matt Ridley schrieb kürzlich im Telegraph, dass es „peinlicherweise von Aktivisten getäuscht wurde“. Die Notwendigkeit immer höherer Temperaturen, um die gescheiterte Net-Zero-Fantasie zu fördern, ist nur allzu offensichtlich. Das Met Office ist eine öffentliche Einrichtung, daher kann man die Auswirkungen von unverantwortlicher Dummheit, Faulheit und selbstgefälliger Arroganz nicht außer Acht lassen, aber es ist ein beunruhigendes Zeichen für eine wissenschaftliche Organisation, dass sich immer mehr vernichtende Verschwörungstheorien in den sozialen Medien verbreiten. Früher häufige Poster auf X, wie der Leiter der Abteilung für Klimaauswirkungen Professor Richard Betts posten

heutzutage nur noch [selten](#) Beiträge, während die Aussagen des Met Office häufig mit heftigen und kritischen [Reaktionen](#) bedacht werden.

Sanders fordert jeden Meteorologen auf zu beweisen, dass diese extrem schlechten Standorte, die jetzt und in Zukunft eingesetzt werden, nicht dazu dienen sollen, die laufenden historischen Klimadaten zu verfälschen. Eine unparteiische Person könnte aufgrund der ihr vorgelegten unvoreingenommenen Beweise zu dem Schluss kommen, dass „das Met Office Daten von zweifelhafter Genauigkeit aus kürzlich installierten minderwertigen Standorten mit bekanntermaßen künstlich erhöhten Messwerten verwendet, um Beweise für Temperaturanstiege im Laufe der Zeit zu liefern“.

Wieder einmal ist das Met Office sein schlimmster Feind. Sanders betreibt ernsthafte wissenschaftliche Forschung und untersucht kritisch Temperaturdaten, die eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Bevölkerung weltweit davon zu überzeugen, dass eine sogenannte Klimakrise drastische politische Lösungen z. B. in Form von Netto-Null-Emissionen erfordert. Aber natürlich sind nicht alle von einem solchen Forschungsprojekt begeistert – ich schaue dabei auf euch, BBC und den Rest der traditionellen Medien. Denn wenn es keine Klimakrise gibt, braucht es auch keine fantasievolle Netto-Null-Lösung. Ausreißer wie „höchste jemals gemessene Temperatur“ mögen für kurzfristige Schlagzeilen nützlich sein. Aber um eine langfristige Erwärmung zu belegen, die eine alarmistische politische Erzählung vorantreiben kann, sind historische Aufzeichnungen und Klimadurchschnittswerte erforderlich. Das Met Office scheint nur allzu bereit zu sein, dem Narrativ weiter zu dienen.

Wie regelmäßige Leser wissen, hat Sanders kürzlich entdeckt, dass das Met Office immer noch Aufzeichnungen von 103 nicht existierenden Stationen verwendet, indem es Daten erfindet oder schätzt, die von später als „gut korrelierte Nachbarstationen“ bezeichneten Stationen stammen. Eine Überprüfung der öffentlich zugänglichen Aufzeichnungen des Met Office zeigt, dass Stationen, die als in der Nähe der nicht existierenden Standorte identifiziert wurden, oft selbst nicht existieren. Leider wurden mehrere Anträge von Sanders auf [Informationsfreiheit*](#), mit denen er die Identität einiger dieser „gut korrelierten Nachbarstandorte“ erfahren wollte – eine einfache Angelegenheit, könnte man meinen, um die Beweise für die Behauptungen des Met Office einzusehen – mit der Begründung abgelehnt, dass die Anträge „schikanös“ seien und eine Beantwortung nicht im öffentlichen Interesse liege.

*[*Diesen Beitrag gibt es in deutscher Übersetzung [hier](#). A. d. Übers.]*

Chris Morrison is the Daily Sceptic's Environment Editor. Follow [him on X](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/07/24/suspensions-mount-as-met-office-continues-to-open-more-junk-temperature-measuring-sites/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Merz-Regierung eindeutig für „aktive und passive Förderung“ von NGOs

geschrieben von AR Göhring | 29. Juli 2025

Die Klimarettungspolitik Deutschlands, Österreichs und der Schweiz wird von zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen befeuert, die – trotz ihres Namens – von der Regierung durchfinanziert werden.

Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag antwortet die Bundesregierung:

„Sie (die Regierung – Red.) ist davon überzeugt, daß verstärkt in die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie investiert werden muß. Es ist die Verantwortung des Staates, im Rahmen einer wehrhaften Demokratie für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten. Hierzu zählt auch die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements“

„Zivilgesellschaft“ ist bekanntermaßen ein Gummi-Begriff, der heuer als Euphemismus für Lobby-Gruppen, Vereine und Organisationen verwendet wird, die typische grüne Politik durchsetzen – und das heißt zu einem Großteil sogenannter Klimaschutz.

Auch wenn die einzelnen NGOs meist sehr klein und sehr unbekannt sind, so sind sie in der Masse extrem mächtig – nach dem Blücherschen Motto „Getrennt marschieren, vereint schlagen“. So können sie nicht nur die Politiker der Industrieländer unter Druck setzen, sondern auch die mediale Berichterstattung bestimmen.

Axel Bojanowski von der WELT deckt gerade einen Fall von „zivilgesellschaftlicher“ Lenkung der Journalisten durch die NGO „Climate Central“ auf. Der US-Verein sitzt in Princeton/ Neu Jersey und hat mutmaßlich durch seinen Sitz zu der berühmten Universität Princeton, wo unser Referent William Happer lehrt, gute Kontakte – so wird auch die Wissenschaft beeinflusst. „Climate Central“ schickte 2021 eine

selbsterstellte Karte zu zukünftigen Überflutungsgebieten durch steigende Meeresspiegel an zahlreiche Medien, die den Alarmismus dankbar übernahmen.

Ergebnis: Der *Focus* schrieb:

Eine neue Studie sieht Bremen und Hamburg in 80 Jahren unter Wasser

Die *New York Times* sekundierte:

Südvietnam könnte ganz verschwinden

Jaja – und der Kölner Dom könnte bald in der Nordsee respektive im Mittelmeer stehen, wie der *Spiegel* schon 1986 orakelte. Nichts Neues unter Sonne – nur anders verpackt.

Warum übernehmen die Medien seit Jahrzehnten die bekanntermaßen stets nicht eintreffenden Meldungen? Neben der erhöhten Aufmerksamkeit durch alarmistische Panik-Schlagzeilen profitieren Journalisten laut Bojanowski auch direkt:

Traditionelle Medien straucheln, ihr Geschäftsmodell schwächelt. Für Journalisten lukrativer erscheint die Arbeit für Lobbygruppen, im PR-Bereich locken neue Organisationen mit saftigen Verdiensten. Der Vorstandsvorsitzende der NGO Climate Central beispielsweise erhält Insidern zufolge ein Jahresgehalt von mehr als 250.000 US-Dollar.

Die Geldschwemme muß dabei nicht vom Staat unmittelbar kommen – das Steuergeld wird üblicherweise zwischen Stiftungen, NGOs und Medien hin- und hergeschoben. So erhält die *Bill-Gates-Stiftung* von der Bundesregierung Hunderte Millionen Euro, die sie dann zum Beispiel teils an den *Spiegel* weiterreicht.

Im Falle von Climate Central ist es die *John D. und Catherine T. MacArthur Foundation*, die allerdings wohl kein Steuergeld nötig hat – der Stifter war einer der reichsten US-Bürger, der nach seinem Tod Milliarden \$ an seine eigentlich als gemeinnützig geplante Stiftung vererbte.

IGH-Urteil: Nationen sind verpflichtet, CO₂-Emissionen zu reduzieren (?)

geschrieben von Andreas Demmig | 29. Juli 2025

Essay von Eric Worrall

Urteil der unabhängigen und unvoreingenommenen Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag:

„Staaten ... haben zusätzliche Verpflichtungen, bei der Bekämpfung des Klimawandels eine führende Rolle zu übernehmen, indem sie ihre Treibhausgasemissionen begrenzen ...“

Die Pressemitteilung PDF-Dokument

Wenn jemand die Geduld hat, ist das vollständige 133-seitige Urteil (größtenteils auf Englisch) hier verfügbar (Sicherungskopie hier).

Aus der Gutachten-Pressemitteilung + Urteil;

...

Die Klimaschutzverträge legen für die Vertragsstaaten verbindliche Verpflichtungen fest, das Klimasystem und andere Teile der Umwelt vor menschengemachten Treibhausgasemissionen zu schützen. Zu diesen Verpflichtungen gehören unter anderem:

1. a) **Die Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sind verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Anpassung an den Klimawandel beizutragen.**
2. b) *Die in Anlage I des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen aufgeführten Vertragsstaaten haben darüber hinaus die Verpflichtung, bei der Bekämpfung des Klimawandels eine führende Rolle zu übernehmen, indem sie ihre Treibhausgasemissionen begrenzen und ihre Senken und Speicher von Treibhausgasen verbessern.*

(c) Die Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sind verpflichtet, miteinander zusammenzuarbeiten, um das grundlegende Ziel des Übereinkommens zu erreichen. (d) Die Vertragsstaaten des Kyoto-Protokolls müssen die geltenden Bestimmungen des Protokolls einhalten.

1. e) *Die Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris sind verpflichtet, mit der gebotenen Sorgfalt vorzugehen und im Einklang*

mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten Maßnahmen zu ergreifen, die einen angemessenen Beitrag zur Erreichung des im Übereinkommen festgelegten Temperaturziels leisten können.

2. f) Die Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris sind verpflichtet, aufeinander folgende und progressive national festgelegte Beiträge auszuarbeiten, mitzuteilen und beizubehalten, die unter anderem in ihrer Gesamtheit geeignet sind, das Temperaturziel zu erreichen, die globale Erwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.
3. g) Die Vertragsstaaten des Übereinkommens von Paris sind verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verwirklichung der in ihren jeweiligen nationalen Beiträgen festgelegten Ziele geeignet sind.

(h) Die Vertragsstaaten des Pariser Abkommens haben Verpflichtungen zur Anpassung und Zusammenarbeit, auch durch Technologie- und Finanztransfers, die nach Treu und Glauben erfüllt werden müssen.

Das Völkergewohnheitsrecht verpflichtet die Staaten, das Klimasystem und andere Teile der Umwelt vor anthropogenen Treibhausgasemissionen zu schützen. Zu diesen Verpflichtungen gehören:

(a) Die Staaten haben die Pflicht, durch gebührende Sorgfalt erhebliche Schäden an der Umwelt zu verhindern und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zu verhindern, dass in ihrem Hoheitsgebiet oder unter ihrer Kontrolle durchgeführte Tätigkeiten dem Klimasystem und anderen Teilen der Umwelt erheblichen Schaden zufügen, und zwar im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten.

(b) Die Staaten haben die Pflicht, in gutem Glauben miteinander zu kooperieren, um eine erhebliche Schädigung des Klimasystems und anderer Teile der Umwelt zu verhindern. Dies erfordert eine nachhaltige und kontinuierliche Zusammenarbeit der Staaten bei der Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung solcher Schäden.

...

Weiterlesen: Gleicher Link wie oben

Obwohl das Gericht behauptet, das Urteil habe beratenden Charakter, scheint in der Urteilsbegründung zu stehen, dass alle UN-Mitglieder, einschließlich der USA, gemäß der UN-Charta verpflichtet sind, dieses IGH-Urteil zu respektieren, da sie gewohnheitsmäßig Regeln respektieren, die die USA nicht unbedingt ausdrücklich übernommen haben.

140. b) Pflicht zur Zusammenarbeit beim Umweltschutz 140. **Die Pflicht zur Zusammenarbeit ist ein zentraler Bestandteil der Charta der Vereinten Nationen.** Artikel 1 der Charta verpflichtet die Staaten,

*„bei der Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art auf internationale Zusammenarbeit hinzuwirken“. Diese Verpflichtung wurde in der grundlegenden „Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts bezüglich freundschaftlicher Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten gemäß der Charta der Vereinten Nationen“ (Resolution 2625 (XXV) der Generalversammlung vom 24. Oktober 1970) (im Folgenden „Erklärung über freundschaftliche Beziehungen“) dargelegt. **Der Gerichtshof hat festgestellt, dass „die Annahme dieses Textes durch die Staaten einen Hinweis auf ihre opinio juris in Bezug auf das Völkergewohnheitsrecht darstellt“ (Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America), Merits, Judgment, ICJ Reports 1986, S. 101, Abs. 191).***

„**Opinio juris**“ ist ein lateinischer Begriff und bedeutet „Rechtsmeinung“ oder „Überzeugung, dass eine Handlung rechtlich verpflichtend ist“. Im Völkerrecht ist es ein entscheidendes Element bei der Etablierung des Völkergewohnheitsrechts. Es bezeichnet die Überzeugung von Staaten, dass eine bestimmte Vorgehensweise gesetzlich vorgeschrieben ist und nicht nur eine Frage der Höflichkeit oder Gewohnheit ist.

*Diese Feststellung gilt auch für die Pflicht zur Zusammenarbeit, soweit sie in vielen verbindlichen und unverbindlichen Instrumenten zum Ausdruck kommt, die speziell den Umweltschutz betreffen. Die Pflicht zur Zusammenarbeit ist eine zentrale Verpflichtung der Klimaschutzverträge und anderer Umweltverträge, wie nachstehend erläutert (siehe Absätze 214–218 und 260–267). Weitere Beispiele sind Grundsatz 24 der Stockholmer Erklärung und Grundsatz 7 der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (nachfolgend „Rio-Erklärung“), die beide Zusammenarbeit als wesentliches Element des Umweltschutzes anerkennen. In Anbetracht der einschlägigen Praxis der Staaten **ist der Gerichtshof der Auffassung, dass die Pflicht der Staaten zur Zusammenarbeit beim Schutz der Umwelt eine Regel ist, deren Gewohnheitscharakter feststeht** (siehe „Klimawandel“, Gutachten, ITLOS-Berichte 2024, S. 110, Abs. 296; „MOX-Anlage (Irland ./ Vereinigtes Königreich), einstweilige Maßnahmen“, Beschluss vom 3. Dezember 2001, ITLOS-Berichte 2001, S. 110, Abs. 82).*

Mehr dazu:

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/187/187-20250723-adv-01-00-en.pdf>

Ich bin kein Rechtsexperte, aber das Argument, dass Gewohnheitsrecht in Bezug auf internationale Beziehungen Gewicht hat, scheint schwach zu sein, wenn auch nicht unbedingt schwach genug, um es ohne großen Zeit- und Geldaufwand sofort zu verwerfen.

Der US-Senat ratifizierte die UN-Charta 1945, obwohl sich die UN seitdem wohl Befugnisse zugesprochen hat, die nicht Teil der ursprünglichen Charta waren. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Senat jemals die angeblichen Klimaverpflichtungen der USA aus dieser

Charta von 1945 ratifiziert hätte. Die Behauptung, die USA hätten eine Klimaverpflichtung aus einer Charta, die der US-Senat lange vor dem Eingreifen der UN in das Klimaspiel ratifiziert hat, erscheint weit hergeholt.

Möglicherweise bezieht sich das Argument des „gewöhnheitsrechtlichen Charakters“, wonach Staaten zur Einhaltung verpflichtet seien, auf die Duldung nicht ratifizierter UN-Kompetenzerweiterungen durch frühere US-Regierungen. Trifft dies zu, würde die IGH-Empfehlung die Forderung nach einem Schweigen der USA und nach dem Gehorsam der Regierung darstellen.

Offensichtlich bietet dieses IGH-Urteil viel Spielraum für Unfug durch NGOs und Gouverneure, die mit Präsident Trumps Klimapolitik nicht einverstanden sind. Ich kann mir vorstellen, dass dieses IGH-Urteil viele Anwälte reich machen wird. [Fettdruck durch den Übersetzer]

Interessanterweise gab es in letzter Zeit einen Anstieg der Lithiumpreise , von etwa 8,50 USD/Pfund Ende Juni auf etwa 10 USD/Pfund heute. In den Erklärungen, die ich gelesen habe, heißt es allerdings, dies sei auf eine weltweite Beseitigung überschüssiger Lagerbestände zurückzuführen und nicht auf Spekulationen, das IGH-Urteil könnte die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen ankurbeln.

<https://wattsupwiththat.com/2025/07/24/icj-rules-nations-have-an-obligation-to-mitigate-co2-emissions/>